Stiftung Asienhaus

BLICK WECHSEL

Lichtjahre von Demokratie entfernt — Thailand drei Jahre nach dem Militärputsch

Von Nicola Glass

Mai 2017

Seit sich Thailands Militär am 22. Mai 2014 an die Macht geputscht hat, wird die Menschenrechtslage immer desolater. Eine Rückkehr zur Demokratie liegt in weiter Ferne. In Zweckgemeinschaft mit dem unpopulären König Vajiralongkorn sucht die Junta ihre eigenen Machtansprüche und die des übrigen alten Establishments langfristig zu zementieren.

Von merklichen Protesten und Demonstrationen gegen die Junta war so gut wie nichts zu sehen an diesem 22. Mai. Dafür sorgte ein anderer Vorfall am dritten Jahrestag des Putsches für Schlagzeilen: In einem vom Militär betriebenen Krankenhaus in Bangkok detonierte eine Bombe, durch die mehr als 20 Menschen verletzt wurden. Über die Hintergründe des Anschlags und die mutmaßlichen Täter gab es zunächst keine Details. Allerdings meldete sich Armeechef Chalermchai Sittisart zu Wort und sagte, die Explosion habe darauf abgezielt, Unruhe zu stiften. Für Juntachef und Premierminister Prayuth Chan-ocha war dies laut der Tageszeitung »Bangkok Post« vom 24. Mai eine für die Machthaber willkommene Gelegenheit zu erklären, dass die Wahlen erneut hinaus gezögert würden, wenn es weiterhin Unruhe im Land gebe. Dabei war der von den Militärs versprochene Urnengang bereits mehrfach verschoben worden; zuletzt hatte es noch geheißen, dieser sollte anstatt Ende 2017 im kommenden Jahr stattfinden.

Wenige Tage zuvor hatte sich die Armee noch damit gebrüstet, dass es ihr gelungen sei, in den vergangenen drei Jahren die inneren Konflikte Thailands zu mindern. Und das, obwohl es unter ihrer Herrschaft sowohl im muslimisch dominierten Süden als auch in anderen Landesteilen wiederholt zu teils schweren Bombenattentaten gekommen war. »Dem Land den Frieden zurückgebracht zu haben ist unsere größte Errungenschaft«, wurde ein Sprecher der Junta, die sich selbst »Nationaler Rat für Frieden und Ordnung« (NCPO) nennt, in der Onlineausgabe der Tageszeitung »The Nation« am 18. Mai zitiert.

»Drei verschwendete Jahre«

Für all jene, die befürchten, dass die Junta das jüngste Attentat politischen Gegnern in die Schuhe schiebt, klingt dieses Selbstlob wie Hohn. »Das waren drei verschwendete Jahre«, hieß es beispielsweise in den sozialen Netzwerken über die Folgen des Putsches, durch den die demokratisch gewählte Regierung unter Premierministerin Yingluck Shinawatra gestürzt worden war. Yingluck selbst meldete sich ebenfalls zu Wort und schrieb Medienberichten zufolge auf ihrer Facebook-Seite, dass nun drei volle Jahre verstrichen seien, und das Land immer noch auf Frieden, Einheit und Rechtsstaatlichkeit warte: »Wir haben noch keine konkreten Ergebnisse durch die Reformagenda erkennen können«. Wenn die von der Junta versprochenen Reformen nicht erreicht werden könnten, sei alles verloren, da durch den Sturz eines demokratischen Systems ökonomischer Schaden entstanden sei.

Weitaus deutlicher werden Aktivist*innen im Exil: Suda Rangkupan, die einst Linguistik an der Bangkoker Chulalongkorn-Universität lehrte und für eine republikanische Staatsform kämpft, erklärte laut Email-Anfrage, dass es für manche Leute zwei Jahre gedauert habe zu realisieren, worum es bei dem Staatsstreich ging: So sei nur deshalb geputscht worden, um nach dem Tod von König Bhumibol Adulyadej das Überdauern des »Bhumibolistischen Regimes« (des royalistischen Regimes der Ära Bhumibol, Anm. d. A.) zu garantieren. »Militär und Eliten wollten den kompletten Zugriff auf Verwaltung und Parlament, daher bestand für sie der einzige Weg darin, der gewählten Regierung die Macht zu entreißen.«

Auch ausländische Organisationen kritisierten Thailands Machthaber aufs Neue. Drei Jahre nach dem Putsch würden grundlegende Bürgerrechte und Freiheiten weiterhin massiv unterdrückt, so Human Rights Watch. Mit jedem verstreichenden Jahr versinke die Junta tiefer in der Diktatur. »Deren leere Versprechen, Rechte zu respektieren und die demokratische Ordnung wiederherzustellen, haben sich als eine Art makabrer Scherz gegenüber dem thailändischen Volk und der internationalen Gemeinschaft erwiesen«, monierte Brad Adams, Asienchef von Human Rights Watch.

Von Nachbarn der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN hagelte es ebenfalls Kritik: »Um es unverblümt auszudrücken: Thailand hat

Am Morgen nach dem Putsch riegeln Soldaten das Gebiet um das Demokratiedenkmal ab © Holger Grafen

Suthep Thaugsuban, Anführer der PDRC-Proteste © Holger Grafen

sich in die falsche Richtung bewegt«, so Charles Santiago, Vorsitzender der ASEAN-Parlamentariergruppe für Menschenrechte (APHR) und Abgeordneter des malaysischen Parlaments. Mit den Militärs auf dem Fahrersitz und einer neuen Verfassung, die dem Regime eine zentrale Rolle in der Politik auf Jahre hinaus garantiere, sei Thailand derzeit weiter von einer Rückkehr zu echter Demokratie entfernt als zu irgendeinem Zeitpunkt der jüngeren Vergangenheit, hieß es in einer am 22. Mai veröffentlichten APHR-Stellungnahme. »Mittlerweile sind Investoren zunehmend nervös angesichts der Kontrolle durch die Eliten, die das Land regieren. Der dadurch erlittene Schaden wird schwerwiegende und langfristige Folgen haben, die sich nicht so leicht rückgängig machen lassen«, so Santiago weiter.

Chronologie eines Staatsstreiches

Der jüngste Staatsstreich war ein Umsturz mit Ansage: Als die Militärs am 20. Mai 2014 das Kriegsrecht verhängten, wusste jeder, dass es sich bereits um einen Putsch durch die Hintertür handelte, der in Kürze offiziell verkündet werden würde. Und so kam es dann auch: Am Nachmittag des 22. Mai flimmerten statt der üblichen Programme Bilder des Königshauses über die Bildschirme, untermalt von Marschmusik. Umringt von anderen führenden Militärs erklärte Prayuth Chan-ocha, der damals Armeechef war, dass die Streitkräfte die Macht übernommen hätten. Damit wolle man nach fast sieben Monaten andauernder Unruhen und politischen Stillstands die Stabilität wiederherstellen.

Schon vorab deutete alles darauf hin, dass sich die Machtverhältnisse einschneidend ändern würden. Wer die Zustände in dem südostasiatischen Land kennt, konnte förmlich riechen, dass die Armee nicht mehr lange stillhalten würde. Dabei galt Thailand einst als Vorbild für demokratische Entwicklung in Südostasien. Wie kam es zu diesem Rückfall in dunkle Zeiten?

Wegbereiter für den jüngsten Militärputsch waren monatelange Straßenproteste gegen die Yingluck-Regierung, die bei den Parlamentswahlen im Juli 2011 einen Erdrutschsieg erzielt hatte. Angeführt wurden die Demonstranten der Oppositionsbewegung »Demokratisches Reformkomitee des Volkes« (PDRC) von Suthep Thaugsuban. Dieser war einst eines der ranghöchsten Mitglieder der Demokratischen Partei (DP) und als Strippenzieher hinter den Kulissen berüchtigt. So war er Stellvertreter des frühe-

ren Premierministers Abhisit Vejjajiva, dessen DP-geführte Regierung von Dezember 2008 bis Sommer 2011 mithilfe des Militärs an die Macht gekommen war. Als Vize-Premier war Suthep mitverantwortlich für die blutige Niederschlagung der Proteste der Thaksin-treuen »Rothemden« im Frühjahr 2010.

Offiziell warf die PDRC der Yingluck-Regierung Korruption und Amtsmissbrauch vor. Tatsächlich aber ging es bei diesem erneuten Höhepunkt der thailändischen Dauerkrise um etwas anderes, nämlich den Kampf um Macht, Pfründe und Privilegien. Kritiker*innen sehen es als erwiesen an, dass führende Köpfe innerhalb Thailands Militär, das sich nach außen hin neutral gab und zwischenzeitlich in die Rolle des Mediators schlüpfte, mit der PDRC im Bunde waren, um Yingluck und ihre regierende Puea Thai (Für Thais) aus dem Amt zu jagen. Ebenso wie ihr Bruder Thaksin, der 2006 als Regierungschef von der Armee gestürzt worden war, konnte sich Yingluck auf die Stimmen der Reisbäuerinnen und Reisbauern im Norden und Nordosten Thailands sowie der Arbeiter*innen in den Städten stützen — sehr zum Unmut der alteingesessenen Bangkoker Ober- und Mittelschicht, des Geldadels, des royalistischen Beamtenapparates und der Aristokratie. Das konservative, royalistische Establishment empfand es als Zumutung, dass die von ihnen verachteten ärmeren Volksschichten wiederholt den Parteien Thaksins und dessen Clique neureicher Wirtschaftsbosse zur Macht verholfen hatten.

Ein umstrittenes Amnestiegesetz spielte den anti-demokratischen Kräften dabei in die Hände. Es sollte nicht nur den für die politische Gewalt von 2010 Verantwortlichen unter der Abhisit-Regierung Straffreiheit gewähren, sondern auch dem im Exil lebenden und 2008 wegen Korruption zu zwei Jahren Haft verurteilten Thaksin die Rückkehr nach Thailand erlauben. Der Gesetzentwurf wurde in der Nacht zum 1. November 2013 während einer Marathonsitzung durchs Parlament gepeitscht und hatte, wie sich schnell herausstellte, schwerwiegende Folgen. In mehreren Interviews hatten Thaksin-treue »Rothemden« gegenüber der Autorin dieses Berichts erklärt, dass sie es natürlich gern sähen, wenn der gestürzte Premierminister zurückkäme. Allerdings dürfe das nicht um jeden Preis geschehen. Diejenigen aus Militär und Politik, auf deren Konto das gewaltsame Vorgehen gegen die »Rothemden« am 10. April und 19. Mai 2010 ging, müssten strafrechtlich belangt werden. Die Gerechtigkeit für die Opfer habe Vorrang.

Dass ihnen Gerechtigkeit zuteil wird, darauf warten die Betroffenen beziehungsweise deren Familien bis heute. Und sie werden weiterhin warten müssen. Denn in jenem Frühling, als die Armee die Proteste der »Rothemden« blutig niedergeschlagen hatte, war der heutige Diktator Prayuth Vize-Armeechef. Wiederholt hatte er gesagt, dass die Soldaten nicht für die Gewalt verantwortlich gemacht werden sollten. Mehr noch: Als am diesjährigen 19. Mai Aktivist*innen insbesondere jener sechs Toten gedachten, die im Zuge der Niederschlagung im buddhistischen Tempel »Wat Pathum Wanaram« erschossen worden waren, wurden die Initiator*innen des Gedenkens verhaftet. Wie das kritische Onlineportal »Khaosod English« am selben Tag berichtete, war unter den Festgenommenen auch Phayao Akkahad, die seit sieben Jahren für die Aufklärung des Mordes an ihrer Tochter Kamolkate kämpft: Die damals 25-jährige Krankenschwester »Kate« Akkahad hatte sich in dem Tempel um Verletzte gekümmert, als man sie erschoss.

Gewalt und Chaos auf Bangkoks Straßen

Die von Yinglucks Regierung verabschiedete Generalamnestie trieb jedoch vor allem die Gegner*innen Thaksins auf die Straßen, zumal hochrangige Politiker*innen aus deren Reihen sowie Militärs erklärt hatten, sie seien nicht auf Straffreiheit von Puea Thais Gnaden angewiesen. Die PDRC legte es darauf an, Gewalt und Chaos zu schüren, um so ein Klima der Instabilität zu schaffen und die Armee letztlich zum Putsch zu bewegen. Als Yingluck im Dezember 2013 das Parlament für aufgelöst erklärte und Neuwahlen ausrief, setzte die Opposition die Proteste fort. »Ich pfeife auf Neuwahlen«, sagte damals eine Demonstrantin im Interview. »Das ist keine Lösung für uns, stattdessen wollen wir, dass der gesamte Shinawatra-Clan aus Thailand verschwindet.« Eine PDRC-Mitstreiterin ergänzte: »Die ganze Regierung ist korrupt und muss weg.« Auf die Anmerkung, diese sei demo-

Mit einer Straßenperformance wird der Opfer der blutigen Niederschlagung der Rothemden-Proteste durch die Armee im Frühjahr 2010 gedacht © Holger Grafen

kratisch gewählt, entgegneten die Frauen bloß: »Ja, weil sie die Stimmen der armen Landbevölkerung gekauft hat. Das ist keine Demokratie.«

Statt neuer Wahlen forderte die PDRC die Einrichtung eines demokratisch nicht legitimierten »Volksrates«. Einige Akademiker*innen kritisierten den Plan als »faschistisch«, weil dieser ausschließlich den Interessen einer vergleichsweise kleinen, konservativen Elite diene. Letztere sah in Thaksin Shinawatra sowohl einen politischen Emporkömmling als auch jemanden, der ihr ihren Machtanspruch streitig machte. Obwohl mehrheitlich vom Volk gewählt, war Thaksin selbst alles andere als ein Demokrat. Mit seinem zunehmend autoritären Führungsstil gingen schwere Menschenrechtsverletzungen einher. In seine Regierungszeit fiel unter anderem der blutige »Krieg gegen die Drogen« in 2003, die erneute Eskalation der Gewalt im muslimisch dominierten Süden seit Januar 2004 sowie die Entführung und mutmaßliche Ermordung des prominenten Muslim-Anwalts Somchai Neelapaijit im März 2004.

Beobachter*innen sahen hinter der PDRC jene Kräfte, die nicht nur Wegbereiter für den Putsch 2006 gegen Thaksin, sondern auch verantwortlich für das politische Chaos im Jahr 2008 waren. Die Proteste gegen die damalige Thaksin-treue »People Power Party« gipfelten in der Besetzung des Regierungssitzes und später des internationalen Flughafens Suvarnabhumi durch die »Gelbhemden« der »Volksallianz für Demokratie« (PAD). Schon die PAD propagierte eine »neue Politik«, um das parlamentarische System drastisch zu beschneiden und der konservativen Seite Macht und Privilegien zu sichern.

Die Protestbewegung PDRC galt als eine noch radikaler auftretende Wiedergeburt des Anti-Thaksin-Lagers. Offen unterstützt wurde deren Anführer Suthep dabei von Mitgliedern der Demokratischen Partei (DP), der sehr wohl bewusst war, dass sie an den Wahlurnen keine Chance gegen das Thaksin-treue Lager haben würde. Die Partei verweigerte sich im Februar 2014 bereits zum zweiten Mal innerhalb von knapp zehn Jahren einer Wahl, nachdem ihr Boykott 2006 ebenfalls zu einer Staatskrise geführt hatte, die letztlich in den Putsch gegen den damaligen Premier mündete. Zudem sabotierten die Anhänger der Opposition die Neuwahlen vom 2. Februar 2014 derart, dass Yingluck und ihre Partei aus dem Ergebnis keine Legitimität hätten ableiten können, um eine

Shutdown Bangkok und Restart Thailand mit PDRC-Demonstranten
© Nicola Glass

neue Regierung zu bilden, sagten Menschenrechtler*innen damals frustriert.

Weil in einer Reihe von Wahlkreisen keine Abstimmung stattfinden konnte, sollten Nachwahlen organisiert werden. Vor diesem Hintergrund hatte die Demokratische Partei damals angekündigt, das Verfassungsgericht anzurufen, um den Urnengang für null und nichtig erklären zu lassen. Ihr Anliegen hatte die Partei damit begründet, dass die Wahl nicht — wie vom Gesetz gefordert — an einem Tag stattgefunden habe. Das wiederum war insofern bizarr, da die DP für die politische Sabotage mitverantwortlich war. Das Verfassungsgericht annullierte die Wahl dann auch wenige Wochen später: Diese sei »nicht verfassungskonform« gewesen.

Desolate Menschenrechtslage

Seitdem das Militär im Mai 2014 die Macht an sich gerissen hat, ist die PDRC von den Straßen verschwunden. Doch die politischen Ränkespiele halten an. Dass es darum geht, das Netzwerk des Shinawatra-Clans kaltzustellen, zeigt sich nicht zuletzt in dem fragwürdigen Gerichtsprozess gegen Yingluck. Die Justiz wirft ihr Pflichtverletzung in Zusammenhang mit einem staatlichen Reis-Subventionsprogramm vor, bei dem Milliarden US-Dollar versickert sein sollen. Bei einem Schuldspruch drohen der früheren Premierministerin bis zu zehn Jahre Haft. Zusätzlich hatte ihr das von der Junta eingesetzte Parlament im Januar 2015 ein fünfjähriges Politikverbot auferlegt.

Die Menschenrechte seien »im freien Fall«, kritisierte »Human Rights Watch« kurz nach dem Putsch. Festnahmen, Internierungen, Misshandlungen sowie unfaire Prozesse vor Militärgerichten richten sich vor allem gegen Unterstützer der entmachteten Regierung sowie gegen kritische Journalist*innen, Aktivist*innen und Akademiker*innen. Ähnlich äußerte sich »Amnesty International«: Die systematische Verfolgung Oppositioneller habe ein Klima der Angst geschaffen.

So spricht die nach dem Putsch gegründete Organisation »Thai Lawyers for Human Rights« (TLHR) in einem Mitte 2016 veröffentlichten Bericht von einer »Militarisierung des Rechts-

systems.« Laut TLHR sind allein von Mai 2014 bis Ende April 2016 mindestens 1.006 Personen zu Zwecken der »Verhaltensanpassung« in Militärcamps interniert und 130 öffentliche Veranstaltungen blockiert oder zum Abbruch gezwungen worden. Wiederholt gab es regelrechte Verhaftungswellen. In einem Versuch, internationale Kritik abzuwehren, erklärte die Junta anlässlich der 33. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf im September 2016, sie werde keine Zivilisten mehr vor Militärgerichten aburteilen lassen. Allerdings ist diese Entscheidung nicht rückwirkend und gilt daher nicht für jene über 1.800 Betroffenen, die laut dem von »Human Rights Watch« im Januar 2017 veröffentlichten Jahresbericht bereits vor Militärgerichten angeklagt wurden. Nach dem Bombenanschlag auf das vom Militär geführte Krankenhaus in Bangkok am dritten Jahrestag des Putsches erwägt die Junta laut einem Bericht von »Khaosod English« vom 24. Mai, diese Form der Gerichtsbarkeit gegen Zivilisten wieder aufzunehmen.

Indes setzen die Militärs weiter alles daran, ihre Herrschaft langfristig zu zementieren. Dies soll insbesondere durch Thailands neue Verfassung geschehen, die im August 2016 in einem unfairen und unfreien Referendum angenommen wurde. Während die Propagandamaschine des Regimes auf Hochtouren lief und lange im Vorfeld für den Verfassungsentwurf trommelte, waren politische Gegner*innen massiven Repressionen ausgesetzt. Denjenigen, die sich damals öffentlich gegen den umstrittenen Verfassungsentwurf ausgesprochen oder zu »Nein«-Kampagnen aufgerufen hatten, drohte die Junta mit bis zu zehn Jahren Haft.

Die neue Verfassung – Thailands zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 – bedeutet selbst nach künftigen Wahlen nichts anderes als die Verlängerung der Militärherrschaft durch die Hintertür. Sie ist darauf angelegt, die Junta nachträglich zu legitimieren sowie ein künftiges System zu schaffen, das die Militärs der Außenwelt als »Thai-Style-Democracy« verkaufen wollen, in dem gewählte Parlamentarier*innen höchstens dekorative Zwecke erfüllen. Ein von der Junta ernannter Senat und andere regimetreue Gremien haben ein Veto-Recht, gewählte Volksvertreter*innen derart zu gängeln, dass deren Spielraum gegen Null tendiert.

Zudem ist die Ernennung eines nicht gewählten Regierungschefs möglich. Zwischenzeitlich häuften sich die Spekulationen, dass entweder Dikta-

Proteste gegen den Putsch im Mai 2014 am Victory Monument © Nicola Glass

tor Prayuth selbst im Amt bleiben, dieses an einen anderen Vertreter aus Reihen der Junta oder dem Militär nahestehenden Kreisen fallen würde. Letztlich laufe die Wählerzustimmung zu dieser Verfassung auf ein »autoritäres Regime im konstitutionellen Gewand« hinaus, beschrieben Kritiker Thailands politische Zukunft (vergleiche Blickwechsel vom August 2016, Per Volksabstimmung zur Langzeitdiktatur). Und das kommt nicht von ungefähr: Einst hatte Juntachef Prayuth Chan-ocha in Anspielung auf die Wahlsiege der Thaksin-treuen Parteien erklärt, zu viel Demokratie habe Thailand in die politische Dauerkrise gestürzt. Erst kürzlich ließ er erneut durchblicken, dass er von Wahlen nichts hält: In seiner Fernsehansprache vom 26. Mai stellte er laut der Zeitung »The Nation« dem Volk vier Suggestivfragen, inwieweit es überhaupt einen Urnengang wolle, da Demokratie nichts anderes bedeute als die Rückkehr zu einer schlechten Regierung, korrupten Politikern und politischem Konflikt.

Prinzipiell sollte die neue Verfassung schon im Februar dieses Jahres in Kraft treten, doch der am 1. Dezember zum neuen König proklamierte Maha Vajiralongkorn hatte sich quer gestellt: Die Junta brüskierend, forderte der Nachfolger des im Oktober 2016 verstorbenen Königs Bhumibol Adulyadej mehrere Änderungen. Dabei ging es dem selbst von Royalisten verachteten Vajiralongkorn keineswegs um den undemokratischen Inhalt des Verfassungsentwurfs, sondern darum, seine Macht als offiziell konstitutioneller Monarch auszudehnen. Vajiralongkorn, der sich öfter in Bayern als in Bangkok aufhält, beharrte laut Medienberichten darauf, während seiner häufigen Abwesenheiten keinen Regenten einsetzen zu müssen. Auch forderte er die Überarbeitung einer Klausel, die anstelle des Palastes das Verfassungsgericht als letzte Instanz in einer nationalen Krise benennt.

Eine Reihe von Beobachter*innen sieht durch diese Einmischung bereits die Anfänge einer neuen absoluten Monarchie im Land heraufdämmern. Andere sind überzeugt, dass Vajiralongkorn die neue Verfassung lediglich seinem exzentrischen Lebensstil anpassen wollte. »Er will die Krone, aber nicht den Job«, schrieb der Thai-Brite Giles Ji Ungpakorn, der 2009 aufgrund von Anschuldigungen wegen Majestätsbeleidigung ins britische Exil geflohen war, in seinem Blog »Uglytruth Thailand«.

Dass die Entwicklungen im militärregierten Thailand wiederholt bizarre Ausmaße annehmen, zeigte sich nicht zuletzt an einem dubiosen Diebstahl. Eines Morgens Anfang April war eine in den Asphalt eingelassene Plakette auf mysteriöse Weise verschwunden. Es handelte sich um die Gedenktafel, die an die friedliche Revolution von 1932 erinnerte. An jener Stelle auf dem »Royal Plaza« in Bangkok war damals der Übergang von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie ausgerufen worden. Anstelle der »Revolutionsplakette« prangt dort nun eine, welche die zentrale Bedeutung des Königshauses preist. Während das Regime sich ahnungslos gab, wurden diejenigen verhaftet, die eine Aufklärung des Vorfalls verlangten.

Indes ist den Militärs, die sich als ultimative Beschützer der Monarchie aufführen, durchaus bewusst, dass sich mit dem dreifach geschiedenen und unpopulären Vajiralongkorn — im Gegensatz zum verstorbenen Bhumibol — der Mythos eines »Vaters der Nation« nicht aufrecht erhalten lässt. Umso unerbittlicher geht die Junta daher gegen Kritiker*innen vor und wendet das ohnehin seit langem politisch missbrauchte Gesetz gegen Majestätsbeleidigung (Lèse-Majesté), das einem Beschuldigten pro Anklagepunkt bis zu 15 Jahre Haft einbringen kann, drastischer an als all ihre Vorgängerregierungen. Dabei ist es nicht allein das Playboy-Image des neuen Monarchen, das die Militärs unterdrücken wollen. Vielmehr geht es um weitaus heiklere Umstände: Noch als Vajiralongkorn Kronprinz war, machten Nachrichten die Runde, dass diejenigen, die in Missgunst fielen, nicht nur degradiert, gedemütigt oder verhaftet wurden, sondern auch, dass einige seiner früheren Vertrauten eines mysteriösen Todes starben.

Erstes »Lèse-Majesté«-Opfer nur zwei Tage nach der Proklamation des neuen Königs war Jatupat »Pai« Boonpattararaksa. Der pro-demokratische Aktivist wurde wegen Verunglimpfung der Monarchie verhaftet, weil er einen auf der Webseite des britischen Rundfunksenders BBC in Thai publizierten Artikel auf Facebook »geteilt« hatte. Bei dem BBC-Artikel handelte es sich um eine kritische Biographie Vajiralongkorns, in dem unter anderem hinterfragt wurde, inwieweit der Lebemann für den Thron geeignet sei. Mehr als 2.800 Personen hatten den BBC-Artikel »geteilt«, aber »Pai« war als Einziger

verhaftet worden. Offensichtlich handelte es sich um einen Racheakt des Militärregimes, da der Aktivist im November 2014 mit anderen Studenten gegen Juntachef Prayuth protestiert hatte. Auch wurden »Pais« Unterstützer*innen, die seine Freilassung forderten, der Missachtung des Gerichts beschuldigt.

Wachsender Missbrauch des drakonischen »Lèse-Majesté«-Gesetzes

Dass der Junta das Verhalten des neuen Königs zunehmend peinlich sein und dessen Unpopularität es zunehmend problematischer machen dürfte, die Machtansprüche des Regimes zu schützen, zeigte sich nicht zuletzt an der Reaktion auf ein im Internet kursierendes Video: Es zeigte den 64-jährigen Monarchen im bauchfreien Shirt, wie er im Sommer vergangenen Jahres mit einer seiner mutmaßlichen Geliebten durch eine Münchner Einkaufsmeile spazierte. Im Zuge dessen drohte das Militärregime, den Zugang zu Facebook in Thailand gänzlich zu kappen, ruderte dann aber zurück. Zuletzt kündigten die Machthaber an, jeden strafrechtlich verfolgen zu lassen, der es wage, mutmaßlich monarchiekritische Inhalte auch nur anzuschauen.

Wiederholt haben Menschenrechtler*innen Zahlen über den steigenden Missbrauch des »Lèse-Majesté«-Gesetzes vorgelegt: Laut der »Internationalen Föderation der Ligen für Menschenrechte« (FIDH) in Paris saßen zum Zeitpunkt des Putsches sechs Menschen wegen Verunglimpfung der Monarchie hinter Gittern. Mittlerweile sind deswegen über 100 Personen verhaftet worden, darunter ein thailändischer Anwalt, dem wegen Majestätsbeleidigung sowie Kritik an Juntachef Prayuth mindestens 150 Jahre Gefängnis drohen. Von den insgesamt 105 Festgenommenen seien bereits 49 zu teils jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden, erklärten die FIDH sowie zwei ihrer Mitgliedsorganisationen in Bangkok am 8. Mai. Viele der Verhafteten seien Demokratie-Aktivist*innen und ausgewiesene Kritiker*innen der Junta, von denen manche direkt von Zuhause verschleppt und tagelang in Militärcamps verhört worden seien, bevor man sie offiziell angeklagt habe.

Vor dem Hintergrund, dass Thailands herrschende Militärclique in Zweckgemeinschaft mit dem launenhaften und unberechenbaren Vajiralongkorn ihre Macht langfristig zu zementieren versucht, spricht der vorwiegend im japanischen Exil lebende thailändische Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun von einem »Land der Angst, unter Vajiralongkorn«. So machte er in einem im Mai veröffentlichten Kommentar für die »Japan Times« deutlich, dass nicht allein die Junta für das Klima der Unterdrückung verantwortlich ist. »Angst ist ein Mittel, um seinen Untergebenen zu drohen und sie gefügig zu halten«, schrieb Pavin über den neuen König. Dieser habe durch Angst eine Rangordnung geschaffen, »etwa vergleichbar einer Weise, mit der Mafiabanden in ihrem Reich operieren«. Pavin ereilten daraufhin Warnungen, dass sein Leben in Gefahr sei; es war nicht das erste Mal, dass er Drohungen dieser Art erhielt.

Gegenüber der Autorin dieses Berichts erklärte Pavin auf Email-Anfrage: »Ich bin besorgt und bleibe wachsam. Aber ich will nicht paranoid werden und werde daher weiter tun, was ich tun muss, sowohl im Alltag als auch in meinem beruflichen Dasein. Ich habe diese Besorgnis gegenüber den japanischen Behörden bekundet und hoffe darauf, dass man mir eine Art Schutz zukommen lässt. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, dass Personen, die für den Palast arbeiten, willens sind, bis zum Äußersten zu gehen, um sich ihrer Kritiker skrupellos zu entledigen, selbst wenn das dem Ruf der Monarchie gravierend schadet.«

Indes schrumpft die Meinungsfreiheit in Thailand, das auf der aktuellen Rangliste von »Reporter ohne Grenzen« Platz 142 von 180 Ländern belegt, sichtlich weiter. Per Dekret und unter Strafandrohung verbot die Junta jeden Onlinekontakt mit insbesondere drei Männern, die sie aufgrund ihrer anhaltenden und ausgewiesenen Kritik am Königshaus als »Staatsfeinde« ausgemacht hat: Neben Pavin Chachavalpongpun handelt es sich um den ebenfalls im Exil lebenden thailändischen Historiker Somsak Jeamteerasakul sowie den schottischen Journalisten und Autor Andrew MacGregor Marshall, dessen Buch »A Kingdom in Crisis« in Thailand auf der schwarzen Liste steht.

»Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise«

Ohne Zweifel sieht Thailands Zukunft düster aus. Dennoch mögen Regimekritiker*innen die Hoffnungen auf ein besseres Land nicht aufgeben: »Natürlich ist derzeit die Chance schwach, das Licht am Ende des Tunnels zu sehen«, so Pavin Chachavalpongpun. Das Militär dominiere den politischen Raum, die neue Verfassung verankere die Rolle der Armee weiterhin und der neue König schere sich wenig um Demokratisierung. »Von dieser Perspektive aus gibt es wenig Hoffnung für Thailand, was aber nicht bedeuten soll, dass wir keine haben«, betont er. »Ich glaube daran, dass Demokratie die letztendliche Antwort auf Thailands Krise ist und sie sich langfristig durchsetzen wird.«

»Da die Monarchie der Kern des Problems ist, ist es die beste Lösung, sie abzuschaffen«, sagt die im Exil lebende Aktivistin Suda Rangkupan. Es gebe eine Reihe von Volksbewegungen, die das Ziel hätten, Thailand in eine Republik zu verwandeln, weil insbesondere die Monarchie der Demokratie und Entwicklung des Landes entgegenstehe. »Natürlich können wir diese Kampagne, anders als in den vielen konstitutionellen Monarchien Europas, in Thailand nicht offen durchführen«, erklärt die in den sozialen Netzwerken aktive Suda weiter.

Ende Oktober dieses Jahres soll der verstorbene Bhumibol Adulyadej eingeäschert und sein Sohn anschließend nach angemessener Zeit offiziell gekrönt werden. Ein Ende des herrschenden Status Quo ist demnach nicht in Sicht. Es sei denn, das Volk in dem politisch tief gespaltenen Land erhebt sich gegen das Regime. Doch damit dürfte neue Gewalt vorprogrammiert sein. Schon in der Vergangenheit hatte die Armee pro-demokratische Aufstände wiederholt blutig niedergeschlagen. Ohne weiteres wird auch die jetzige Junta und mit ihr das royalistische Establishment nicht von der Macht lassen.

Die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin. Sie hat mehr als dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Im Herbst 2015 ist sie nach Europa zurückgekehrt.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

und von

MISEREOR IHR HILFSWERK

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt — Evangelischer Entwicklungsdienst

Impressum
V. i. S. d. P.:
Monika Schlicher / Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221—71 61 21-11
Email: monika.schlicher@asienhaus.de
Web: http://www.asienhaus.de
Gesamtausstattung:
Klartext Medienwerkstatt GmbH
(http://www.k-mw.de)